

Was meint die AfD eigentlich mit dem Begriff „Remigration“?



Remigration ist der Oberbegriff über alle Maßnahmen und Anreize zur rechtsstaatlichen Rückführung von Ausländern in ihre Heimat. Aus den beiden aktuell einschlägigen Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2021 und die Europawahl 2024, beides öffentlicher und für jedermann zugängliche Quellen, lassen sich als Quintessenz einer Remigrationspolitik folgende Forderungen ableiten:

1) Gemäß Bundestagswahlprogramm 2021 werden wir die ca. 250.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abschieben. Während die Bundesregierung von einer „Rückführungsoffensive“ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer „Remigrationsagenda“ tatsächlich umsetzen.

2) Weiterhin fordern wir in unserem Europawahlprogramm 2024 im Kapitel „Remigration statt Talentabwerbung“, dass ein humanitärer Aufenthalt nur so lange gewährt wird, wie ein Fluchtgrund besteht, da es sich grundsätzlich um ein Recht auf Zeit handelt, welches keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung begründet. Betroffen hiervon wären insbesondere auch Bürgerkriegsflüchtlinge mit subsidiärem Schutz, in deren Heimat wieder Frieden herrscht.

3) In diesem Sinne wollen wir die seit 2015 rechtswidrig unter Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln der Dublin-Verordnung sowie gegen Art. 16a Abs. 2 S. 1 Grundgesetz (kein Asyl bei Einreise aus

sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Menschen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir daher ein großes „Remigrations“-Potential, das sogar von den Regierungen der Herkunftsländer dezidiert eingefordert wird.

4) Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter wollen wir prioritär zurückführen, entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten. In dieser Hinsicht dient rechtsstaatliche Remigration dem Schutz aller rechtstreu in Deutschland lebenden Menschen. Die Ausweisung bei Gewalt-, Drogen-, und Sexualdelikten, bei Clan-Kriminellen, bei der organisierten Kriminalität wollen wir erleichtern.

5) Auch der Import ausländischer Konfliktlagen gefährdet zunehmend den inneren Frieden. Die vornehmlich von einem muslimisch-migrantisches Milieu getragenen antisemitischen Aufmärsche seit dem 07. Oktober 2023 zeigen zudem eine durch die Migrationspolitik verursachte verschärfte Bedrohungslage für jüdische Mitbürger. Wer sich öffentlich und aggressiv antisemitisch betätigt, sollte sein Aufenthaltsrecht verlieren und das Land verlassen.

6) Schließlich übersteigt die derzeitige Einwanderung



derung in unser Sozialsystem bei weitem unsere finanziellen Möglichkeiten. Das Recht, sich langfristig in Deutschland aufzuhalten, wollen wir daher verstärkt davon abhängig machen, ob jemand seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst verdient.

7) Eine vorausschauende Politik, wie sie uns vor-schwebt, macht schließlich Remigration erst gar nicht nötig, indem sie mittels heimatnaher Zu-flucht, wirksamen Grenzschutzes und dem Abbau der derzeit bestehenden Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberecht für Ausreisepflichtige, Turboeinbürge-rung) illegale Zuwanderung von vornherein unter-bindet.

Alle diese Forderungen entsprechen der heuti-gen Rechtslage oder lassen sich jedenfalls mit-tels verfassungskonformer Gesetzesänderun-gen umsetzen. Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Ab-schiebung deutscher Staatsbürger mit Migrations-hintergrund sind nie von uns beschlossen worden und stoßen auf unsere Ablehnung. Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsan-gehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszu-gehörigkeit Teil des Staatsvolks.

AfD Gelsenkirchen erfolgreich bei Schöffenvwahl

Von Friedhelm Rikowski

Am 01.01.2024 begann für sechs Mitglieder unseres Kreisverbands eine fünfjährige Amtszeit als Schöffe. Als Mitglied des Schöffenvwahlausschusses bin ich sehr erfreut, dass meine Kandidaten-vorschläge Berücksichtigung gefun-den haben.

Schöffen sind ehrenamtliche Richter an den Amts- und Landgerichten. Sie nehmen an der Hauptverhandlung als gleichberechtigte Richter teil.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: im Schöffenv-



gericht beim Amtsgericht sowie in den Kleinen Strafkammern beim Landgericht sind jeweils ein Berufsrichter und zwei Schöffen tätig. Letztere wären mithin aufgrund ihres Stimmrechts in der Lage, Urteile in ih-rem Sinne zu gestalten. Dieses Beispiel unterstreicht die hohe Verantwortung des Amtes, welches zu Recht als höchstes Ehrenamt in unserer Demokratie an-gesehen wird.

Den gewählten Schöffen wünschen wir viel Dienstfreudigkeit bei der Erfüllung ihrer staats-bürgerlichen Pflicht.

Hetze wichtiger als Dialog. Willkommen in der heutigen Demokratie!

In einer lebhaften Zusammenkunft, dem Bür-gerdialog am 27.01. im Hans-Sachs-Haus, beteiligten sich 280 Bürger an der Ver-anstaltung der AfD-Bundestagsfraktion. Jan Preuß, Vorsitzender der Ratsfraktion hielt ein Grußwort und betonte darin, dass Staatsbürger-schaft schützen auch Demokratie schützen bedeu-te. Im Rahmen des Holocaust-Gedenktages wurde ein Schweigemoment abgehalten, eine Geste, die die proaktive Haltung der AfD Gelsenkirchen ge-genüber der jüdischen Gemeinschaft unterstrich.

Die Diskussionsrunde umfasste eine Reihe von Themen: Jörg Schneider sprach über Energie-fragen, Enxhie Seli-Zacharias diskutierte Mi-grationspolitik und die Beziehungen zu den

Brics-Staaten, und Beatrix von Storch beleuch-tete die allgemeine politische Lage in Deutsch-land. Das Publikum hatte die Möglichkeit, Fra-gen zu aktuellen Themen wie dem Konflikt im Gazastreifen und der sogenannten Remigra-tion zu stellen, die sachlich behandelt wurden.

Die Veranstaltung wurde jedoch von Unruhen am Rande überschattet. Einige Besucher, dar-unter Senioren, wurden von Demonstranten da-ran gehindert, das Gebäude zu betreten. Sie wur-den mit Eiern beworfen und fotografiert, was Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der zurückhaltenden Reaktion der Polizei aufwarf.

Die Medienberichterstattung im Vorfeld der Ver-

Gelsenkirchener Patriot ist eine Mitgliederinformation der Alternative für Deutschland Kreisverband Gelsenkirchen
V.i.S.d.P.: Der Kreisvorstand | www.afd-gelsenkirchen.de | Bildrechte: pixabay, eigene



anstellung war ebenfalls ein Thema. Der WDR konzentrierte sich in seiner Berichterstattung auf eine Gegenveranstaltung und übergang die mögliche Befangenheit einer Schlüsselfigur der Grünen, während die WAZ einen Vergleich zwischen der AfD und historischen Ereignissen zog, was die Bedeutung einer umfassenden Bildung, insbesondere im Bereich der Geschichte, hervorhebt.

Die Veranstaltung endete mit einem Dialog zwischen der AfD und Schülern mit Migrationshintergrund, die ihre Sorgen im Lichte der medialen Darstellung äußerten. Unsere Vertreter betonten, dass die Bedrohung nicht von der AfD, sondern von einer hetzerischen Berichterstattung ausgeht.

Nach wochenlanger Medienhetze: „Correctiv“ löscht eigene Lüge!

Aus aktuellem Anlass, Beitrag von AfD Kompakt

Jetzt beginnt das große Zurückrudern der Schmutzwerfer und Diffamierer! Nachdem unsere Partei einer wochenlangen medialen Hetzkampagne ausgesetzt war, löscht das regierungsfinanzierte Netzwerk „Correctiv“ plötzlich die eigenen Falschbehauptungen: In einer Ankündigung für ein Diffamierungsbuch ist im Zusammenhang mit der AfD-Migrationspolitik plötzlich nicht mehr von „Deportationen“ die Rede und auch nicht mehr von „Millionen Deutschen“ als Ziel von Ausweisungen. Der ursprüngliche Text wurde stillschweigend ausgetauscht! „Tatsache ist nicht nur, dass das gelogen ist und alle Medien diese Verleumdungen aufgegriffen haben – sondern auch, dass Correctiv nun die schleimige Lügenspur zu verwischen versucht“, kommentiert Alice Weidel, Bundessprecherin der AfD.

Bereits zuvor hatte „Correctiv“-Chefin Anette Dowideit einen blamablen Auftritt im ARD-Pressclub hingelegt und dreist behauptet, man habe „nicht von Deportationen gesprochen“. Diese Lüge wird nicht nur durch die Buch-Ankündigung widerlegt, sondern auch durch den vermeintlichen „Enthüllungsbericht“. Die nächste Lüge im Presseclub: „Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt.“ In Wahrheit hat eine AfD-Anfrage im Bundestag ergeben, dass „Correctiv“ seit seiner Gründung rund 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern erhalten hat. Schon auf der Internetseite der Bundesregierung kann man ganz offen nachlesen, dass „Correctiv“ finanzielle Förderungen durch den Bund genießt.

Vor unseren Augen spielt sich einer der größten Medien- und Politikskandale in der Geschichte der Bundesrepublik ab. Die Regierung finanziert ein mit Linksradikalen verbandeltes Medien-Netzwerk, das mit Zersetzungskampagnen die einzige Opposition zu diskreditieren versucht. Anschließend werden die herbeiphantasierten Vorwürfe benutzt, um ein AfD-Verbot zu fordern und auf den Straßen ein Klima des Hasses und der Hetze zu schüren. Das alles zeigt nur, wie sehr die etablierten politischen Kräfte argumentativ bankrott sind, weshalb sie nun wild um sich schlagen. Wir

werden uns davon in keiner Weise aufhalten oder verunsichern lassen. Wir werden Kurs halten und auf demokratischem, rechtsstaatlichem Wege eine Politikwende für Deutschland und seine Bürger durchsetzen!

Quelle: afdkompakt.de/2024/01/30/nach-wochenlanger-medienhetze-correctiv-loescht-eigene-falschbehauptungen/

